



Vorlage an den Landrat**betreffend Budget 2004**

vom 16. September 2003

Gemäss § 32 des Finanzhaushaltsgesetzes¹ legt der Regierungsrat das Budget für das Haushaltsjahr 2004 vor. Dem Voranschlag ist der Finanzplan² für die Jahre 2004 – 2007 beigegeben.

Inhaltsverzeichnis

1	GESAMTWÜRDIGUNG DES BUDGETS 2004.....	2
2	RAHMENBEDINGUNGEN.....	3
2.1	VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN.....	3
2.2	FINANZLAGE DES BUNDES UND DER KANTONE	3
2.3	FINANZLAGE DER BASELBIETER GEMEINDEN.....	4
2.4	BESONDERE EINFLUSSFAKTOREN IM BUDGET 2004.....	5
2.4.1	<i>Auswirkungen von Bundesrecht und interkantonalem Recht auf das Budget 2004</i>	<i>5</i>
2.4.2	<i>Auswirkungen neuer und erweiterter Aufgaben auf das Budget 2004</i>	<i>6</i>
2.5	ENTLASTUNGSMASSNAHMEN DER KANTONALEN VERWALTUNG.....	7
3	ÜBERBLICK ÜBER DEN STAATSHAUSHALT	9
3.1	LAUFENDE RECHNUNG UND INVESTITIONSRECHNUNG	9
3.2	FINANZKENNZAHLEN.....	10
4	ANALYSE DES BUDGETS 2004.....	12
4.1	LAUFENDER AUFWAND NACH KONTOGRUPPEN.....	12
4.2	ENTWICKLUNG DER ERTRÄGE NACH ARTENGLIEDERUNG	14
5	INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT	16
5.1	UNIVERSITÄTS-KINDERSPITAL BEIDER BASEL	16
5.2	FACHHOCHSCHULE BEIDER BASEL	17
5.3	UNIVERSITÄT BASEL	18
6	BEMERKUNGEN ZUR INVESTITIONSRECHNUNG.....	19
7	FINANZIERUNGSSALDO UND VERSCHULDUNG.....	20
8	FINANZPLAN 2004 – 2007	20

¹ SGS 310

² § 31 Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310)

9	GEÄNDERTE LEISTUNGS-AUFTRÄGE.....	23
9.1	ÜBERSICHT ÜBER GEÄNDERTE UND VOM REGIERUNGSRAT GENEHMIGTE LEISTUNGS-AUFTRÄGE.....	23
9.1.1	Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion.....	23
9.1.2	Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion.....	23
10	ANTRÄGE.....	24

1 Gesamtwürdigung des Budgets 2004

Der Regierungsrat unterbreitet vor dem Hintergrund eines wirtschaftlich schwierigen Umfeldes ein defizitäres Budget 2004. Die finanziellen Perspektiven zeigen bedeutende durch den Kanton nicht beeinflussbare Mehrbelastungen des Finanzhaushalts. Der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf erkannt und eine generelle Aufgabenüberprüfung eingeleitet.

Das Budget 2004 weist in der Laufenden Rechnung ein Defizit von 47.4 Mio. Franken auf. Bei Nettoinvestitionen von 150 Mio. Franken resultiert ein Selbstfinanzierungsgrad von 49.7%. Die Verschuldung erhöht sich um 75.5 Mio. Franken. Der Trend, wonach sich die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen zunehmend öffnet, konnte mit dem Budget 2004 nicht gebrochen werden.

Dank grossen Sparanstrengungen in allen Direktionen ist es gelungen, dass das mit dem Budget 2003 prognostizierte Finanzplanjahr 2004 mit einem Defizit in der Laufenden Rechnung von 145 Mio. Franken nicht eingetreten ist. Dank restriktiven Vorgaben konnte dieser Prognosesaldo um rund 100 Mio. Franken verbessert werden. Der Staatshaushalt verhält sich jedoch wie ein Ozeandampfer: Das Bremsen der Ausgaben benötigt einen längeren Weg, so dass die ursprünglichen Zielwerte für das Budget 2004 trotz zahlreichen Entlastungsmassnahmen nicht erreicht werden konnten.

Die Laufende Rechnung wird durch exogene, nicht beeinflussbare Faktoren massgeblich beeinflusst. Vom Bundesrecht her muss eine Saldoverschlechterung von 17.5 Mio. Franken hin-genommen werden, aus dem interkantonalen Recht resultiert eine solche von knapp 10 Mio. Franken. Der Finanzkraftindex des Kantons Basel-Landschaft für die Jahre 2004 und 2005 ist von 120 auf 116 gesunken. Damit wird das Baselbiet neu als mittelstarker Kanton eingestuft. Der Hauptgrund für die tiefere Einstufung liegt bei einer tieferen Steuerkraft. Dies weist darauf hin, dass das Steuersubstrat im Vergleich zu anderen Kantonen langsamer zugenommen hat.

Die Investitionsausgaben befinden sich mit 214.4 Mio. Franken auf einem mehrjährigen Höchstwert. Dieses grosse Volumen an Bauaufträgen dürfte für das Baugewerbe eine Erleichterung bedeuten. Dank Projekten, welche massgeblich mit Bundesbeiträgen finanziert werden, werden die Nettoinvestitionen auf dem Niveau von 150 Mio. Franken stabilisiert.

Im Finanzplan 2004-2007 zeichnet sich eine weitere Verschlechterung der finanziellen Lage des Kantons Basel-Landschaft ab. Alleine die Bundessanierungsmassnahmen und die KVG-Revision führen im Jahr 2005 und in den Folgejahren zu einer Saldoverschlechterung von 45 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung.

Gesunde Staatsfinanzen, eine tiefe Staatsquote und eine moderate Steuerbelastung sind Voraussetzungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Die Rückgewinnung des finanzpoliti-

schen Handlungsspielraums bildet in den nächsten Jahren denn auch den dominierenden Regierungsschwerpunkt. Der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf erkannt und hat die Verwaltung beauftragt, im Hinblick auf das Budget 2005 die Aufgaben und Leistungen einer generellen Überprüfung zu unterziehen. Es zeichnet sich ab, dass das Haushaltsgleichgewicht und damit der verfassungsmässig verlangte mittelfristige Haushaltsausgleich nur mit Leistungsabbau erreicht werden kann.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Budget 2004 geht von vorsichtig optimistischen Prognosen für die Konjunkturerwicklung aus. Nach der Schwächephase der schweizerischen Konjunktur im laufenden Jahr wird für 2004 mit einer moderaten Belebung gerechnet. Das erwartete reale BIP-Wachstum von 1.4 Prozent wird unterstützt durch steigende Exporte und die allgemein verbesserten wirtschaftlichen Aussichten. Trotzdem wird sich die hohe Arbeitslosenquote nur mit einer zeitlichen Verzögerung zurückbilden, und für 2004 darf nicht von einem substanziellen Rückgang der Arbeitslosenzahlen ausgegangen werden. Die Teuerung (Konsumentenpreisindex) wird auf tiefem Niveau verharren, währenddem bei den Zinsen ein mässiger Anstieg erwartet wird. Das Budget 2004 geht von den folgenden volkswirtschaftlichen Eckwerten aus (bei den Annahmen handelt es sich um Jahresdurchschnittswerte):

Veränderungen in %	2001	2002	2003	2004
Bruttoinlandprodukt Schweiz, real	0.9	0.1	0.0	1.4
Bruttoinlandprodukt Schweiz, nominell	1.9	0.7	0.7	2.1
Allg. Konsumentenpreisteuerung	1.0	0.6	0.7	0.7
Arbeitslosenquote	1.9	2.8	4.0	3.8
Kapitalmarktzins (Rendite Bundesobligationen)	3.5	2.4	2.5	3.2

Quelle: Prognoseinstitute und Banken

Die Annahmen zum realen Wirtschaftswachstum für das kommende Jahr decken sich ungefähr mit den zur Zeit von Prognoseinstituten und Banken veröffentlichten Werten.

2.2 Finanzlage des Bundes und der Kantone

Der Voranschlag 2004 des Bundes steht unter dem Zeichen des Entlastungsprogramms 2003 und der Schuldenbremse. Die Umsetzung der Vorwirkungen des Entlastungsprogramms 2003 (Entlastung von 800 Mio. Franken) und die Kreditsperre von 1.5 Prozent haben die Ausgaben auf dem Niveau des Vorjahresbudgets stabilisiert. Wegen der rückläufigen Bundeseinnahmen hat die Landesregierung den eidgenössischen Räten trotzdem ein stark defizitäres Budget mit einem Ausgabenüberschuss von rund 3.5 Milliarden Franken vorgelegt. Davon sind etwa 500 Mio. Franken durch die schwache Konjunktur bedingt. Deshalb erfüllt das Budget 2004 des Bundes die Anforderungen der Schuldenbremse, die ein strukturelles Defizit von 3 Milliarden Franken zulässt.

Wegen den schlechten Perspektiven im Finanzplan 2004 – 2007 besteht beim Bund weiterhin Handlungsbedarf zur Beseitigung des strukturellen Defizits. Das Entlastungsprogramm 2003

gibt einen Abbaupfad vor, der ein strukturelles Defizit von 2 Milliarden Franken für 2005 und von 1 Milliarde Franken für 2006 zulässt. Ab 2007 muss das strukturelle Defizit restlos beseitigt sein. Dies kann nur erreicht werden, wenn die eidgenössischen Räte den Vorschlägen des Bundesrates zur Reduktion des Ausgabenwachstums zustimmen. Insbesondere soll der Bundesanteil an den AHV/IV-Mehrwertsteuerprozenten unverändert bleiben und beim Sozialziel in der Krankenversicherung sollen National- und Ständerat einer für den Bundeshaushalt tragbaren Lösung zustimmen.

Die Finanzen der Kantone zeigen für die kommenden Jahre ebenfalls eine deutliche Verschlechterung auf. Es zeichnet sich eine Stagnation oder gar ein Rückgang der Einnahmen ab, während das Ausgabenwachstum ohne entsprechende Korrekturmassnahmen ungebrochen anhalten wird. Das Resultat sind steigende Defizite in den Kantonshaushalten, wobei die finanzielle Entwicklung in einzelnen Kantonen unterschiedlich verlaufen wird.

Die Kantonsfinanzen werden in den kommenden Jahren stark belastet werden vom Entlastungsprogramm 2003 und vom Steuerpaket des Bundes (Revision Ehepaar- und Familienbesteuerung, Wohneigentumsbesteuerung und Umsatzabgabe) sowie von der zweiten Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung. Nach Schätzungen der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz belaufen sich die Mehrkosten der KVG-Revision für die Kantone auf 750 bis 850 Mio. Franken pro Jahr. Es ist davon auszugehen, dass der Systemwechsel bei der Prämienverbilligung mit der Einführung eines Sozialziels die Kantone zusätzlich belasten wird. Es liegen jedoch noch keine verlässlichen Kostenschätzungen dazu vor.

Wegen den negativen finanziellen Aussichten haben verschiedene Kantone Sanierungsmassnahmen eingeleitet oder bereits beschlossen, unter anderem die Kantone Basel-Stadt, Zürich, Graubünden und Aargau. Das Parlament des Kantons Graubünden hat beispielsweise ein Sparprogramm beschlossen, das von 2004 bis 2007 Ausgabenkürzungen von jährlich 90 Mio. Franken vorsieht.

2.3 Finanzlage der Baselbieter Gemeinden

Die Finanzen der Baselbieter Gemeinden sind mit wenigen Ausnahmen weiterhin gut. Viele Gemeinden können neben Ertragsüberschüssen zusätzliche Abschreibungen in ihren Rechnungen vornehmen.

Der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinden übersteigt denjenigen des Kantons, und die Einwohnergemeinden sind in der Lage, einen grösseren Anteil ihrer Investitionen aus eigener Kraft zu finanzieren. Aufgrund der stabilen Finanzlage besteht bei den Gemeinden kaum Anlass zu Steuerfusserhöhungen. Im Jahr 2003 haben insgesamt 6 Gemeinden den Steuerfuss gesenkt, 5 Gemeinden haben diesen erhöht. Im Mittel aller Gemeinden ist der Steuerfuss konstant geblieben, und für das kommende Jahr ist die Wahrscheinlichkeit für grössere Erhöhungen als gering einzustufen.

Neue Herausforderungen stellen sich den Gemeinden unter anderem bei der Umsetzung des neuen Bildungsgesetzes, beim Aufbau und Ausbau von familienergänzenden Betreuungsmassnahmen (in Zusammenarbeit mit Kanton und Wirtschaft) sowie bei der Umsetzung der Neukonzeption des Bevölkerungsschutzes und der Armee in betrieblicher, organisatorischer und rechtlicher Hinsicht.

2.4 Besondere Einflussfaktoren im Budget 2004

Der Kantonshaushalt des Kantons Basel-Landschaft wird durch Faktoren beeinflusst, die von übergeordnetem Recht (Bundesrecht oder interkantonales Recht) herrühren und kurzfristig nicht beeinflussbar sind.

Der Voranschlag 2004 ist gleichzeitig durch die Umsetzung des revidierten Finanzausgleichs Kanton-Gemeinden sowie neue oder erweiterte Aufgaben gekennzeichnet, die in der Kompetenz des Kantons liegen. Der revidierte Finanzausgleich ist am 1. August 2003 in Kraft getreten.

Der Saldo der Laufenden Rechnung verschlechtert sich infolge besonderer Einflussfaktoren aus übergeordnetem Recht und neuer oder erweiterter Aufgaben aus kantonalem Recht gegenüber dem Budget 2003 um insgesamt 56.7 Mio. Franken:

Mehrbelastung aus übergeordnetem Recht	27.2 Mio. Franken
Mehrbelastung aus kantonalem Recht	<u>29.5 Mio. Franken</u>
Mehrbelastung aus Sonderfaktoren insgesamt	56.7 Mio. Franken

Übergeordnetes Recht führt zu einer Mehrbelastung von 27.2 Mio. Franken; diese Sonderfaktoren und ihre Auswirkung auf den Saldo der Laufenden Rechnung 2004 werden in Kapitel 2.4.1 dargestellt. Kapitel 2.4.2 vermittelt eine Übersicht über die Auswirkung neuer oder erweiterter Aufgaben, die in der Kompetenz des Kantons liegen; diese führen zu einer Mehrbelastung des Finanzhaushalts von 29.5 Mio. Franken.

2.4.1 Auswirkungen von Bundesrecht und interkantonaalem Recht auf das Budget 2004

Der Saldo der Laufenden Rechnung verschlechtert sich gegenüber dem Budget 2003 aufgrund von nicht oder nur teilweise beeinflussbaren Faktoren, die von übergeordnetem Recht herrühren, um gesamthaft 27.2 Mio. Franken. Bei der Erhöhung des Beitrags an die Universität Basel und bei der Anschubfinanzierung ETH Institut für Systembiologie handelt es sich nicht um gebundene Ausgaben, da ein Entscheidungsspielraum besteht.

Das Bundesrecht führt zu einer Mehrbelastung von 17.5 Mio. Franken, interkantonale Vereinbarungen verschlechtern den Saldo der Laufenden Rechnung 2004 um 9.7 Mio. Franken. Nachfolgend sind die einzelnen Faktoren und ihre Auswirkungen auf den Saldo der Laufenden Rechnung 2004 in Mio. Franken aufgeführt³: Die Zurückstufung der Finanzkraft um vier Indexpunkte führt zu einer Entlastung von rund 7 Mio. Franken. Diese Saldoverbesserung ist in den untenstehenden Werten bereits enthalten.

Auswirkungen aus übergeordnetem Recht	-27.2
• davon Bundesrecht	-17.5
• Beiträge an AHV/IV	-7.4
• Beiträge an Ergänzungsleistungen der AHV/IV-Renten	-12.0

³ Positives Vorzeichen: Saldoverbesserung (Mehrertrag oder Minderaufwand); negatives Vorzeichen: Saldoverschlechterung (Minderertrag oder Mehraufwand).

• Beiträge vom Bund für Ergänzungsleistungen AHV/IV- Renten	+2.3
• Prämienverbilligung KVG (netto)	-1.5
• Sockelbeiträge an Privat- u. Halbprivatversicherte in öff. Spitälern	-3.4
• Anteile an Bundessteuern	-8.0
• Zusätzliche Ausschüttung Nationalbankgewinn	+12.5
• davon interkantonaies Recht	-9.7
• Erhöhung Beitrag an Uni Basel	-7.5
• Anschubfinanzierung ETH Institut für Systembiologie	-2.5
• Staatsbeiträge im Rahmen des Spitalabkommens mit Kt. Solothurn	+2.1
• Staatsbeiträge im Rahmen des Spitalabkommens mit Kt. Basel-Stadt	-3.5
• Beiträge interkantonale Abkommen im Hochschul- und Uni-Bereich	+1.7

Zu beachten ist dabei, dass in diesen Zahlen keine Auswirkungen des Entlastungsprogramms 2003 des Bundes auf das Budget 2004 enthalten sind. Im Entlastungsprogramm 2003 sind namhafte Ausgabenkürzungen bzw. Mehreinnahmen vorgesehen, die den kantonalen Finanzhaushalt ohne Gegenmassnahmen ab dem Jahr 2005 mit rund 14 Mio. Franken jährlich zusätzlich belasten.

2.4.2 Auswirkungen neuer und erweiterter Aufgaben auf das Budget 2004

Der Saldo der Laufenden Rechnung verschlechtert sich gegenüber dem Budget 2003 aufgrund von neuen und erweiterten Aufgaben, die in der Kompetenz des Kantons liegen, um gesamthaft 29.5 Mio. Franken.

Der revidierte Finanzausgleich Kanton-Gemeinden wirkt sich gegenüber dem Vorjahresbudget 2003 mit einer Mehrbelastung von 18.1 Mio. Franken aus. Diese Mehrbelastung resultiert einerseits aus der veränderten Verbuchungspraxis, andererseits aus einer Zunahme der Leistungen bei den Sozialwerken und den Schulen. Die Berechnungen für die Revision des Finanzausgleichs bezogen sich auf die Finanzausgleichsjahre 1998 bis 2000 und basierten auf den Gemeinderechnungen. Bei den Auswirkungen auf den Staats- bzw. die Gemeindehaushalte können sich beim gleichen Rechnungsjahr erhebliche Abweichungen ergeben. Grund dafür sind die unterschiedlichen Abgrenzungen einerseits in den Modellrechnungen und andererseits in der Buchungspraxis der Staatsrechnung.

Neue und erweiterte Aufgaben der Direktionen belasten den Saldo der Laufenden Rechnung 2004 um zusätzliche 11.4 Mio. Franken. Nachfolgend sind die Auswirkungen des revidierten Finanzausgleichs und der neuen oder erweiterten Aufgaben der Kantonsverwaltung auf den Saldo der Laufenden Rechnung 2004 in Mio. Franken aufgeführt⁴. Die Liste der neuen oder erweiterten Aufgaben beschränkt sich auf die wichtigsten Positionen, die den Saldo der Laufenden Rechnung 2004 um mehr als 1 Mio. Franken verändern.

Auswirkungen aus kantonalem Recht	-29.5
• davon Auswirkungen Umsetzung revidiertes Finanzausgleichsgesetz	-18.1
• Wegfall Gemeindebeiträge an AHV/IV	-24.2

⁴

Positives Vorzeichen: Saldoverbesserung (Mehrertrag oder Minderaufwand); negatives Vorzeichen: Saldoverschlechterung (Minderertrag oder Mehraufwand).

• Beiträge von Gemeinden an Ergänzungsleistungen AHV/IV	+1.4
• Wegfall der Gemeindeanteile an Sondersteuern	+23.1
• Wegfall Gemeindebeiträge infolge Übergabe Musikschulen an Gemeinden	+3.9
• Wechsel Trägerschaft Realschulen	-18.9
• Beiträge an Kindergartenlöhne	-1.2
• Heime/IV Sonderschulen	-2.2
• davon Auswirkungen neuer oder erweiterter Aufgaben	-11.4
• Zunahme Abschreibungen wegen Erhöhung der Auszahlungen für APH-Investitionsbeiträge	-1.4
• Vermessungs- und Meliorationsamt: Fortführung des Ausbaus der amtlichen Vermessung	-0.6
• KS Liestal: Zusätzliche Stellen, Erhöhung Medikamentenpreise, erhöhte Hygienevorschriften bei Einmalgebrauchsartikel (Bruttoaufwand)	-2.6
• Schaffung einer Stau-Fachstelle („Anti-Stau-Initiative“)	-0.2
• Polizei BL : Personelle Aufstockung (Verstärkung Polizeipräsenz & Kriminalitätsbekämpfung)	-1.5
• Einrichtung einer kantonalen Fachstelle f. Kinder- und Jugendschutz	-0.2
• Staatsanwaltschaft: personelle Aufstockung	-0.2
• Gymnasien: Zwei bis drei zusätzliche Klassen (hier handelt es sich um eine Mengenausweitung und nicht um eine neue oder erweiterte Aufgabe)	-0.9
• Berufsbildung: Abgeltung betreffend Führung einer Berufsschule (Aprentas), Lehrmeisterkurse (Nachqualifikation Lehrmeister), Beitrag an Firmen für Lehrabschlussprüfungen	-0.8
• Neubau Kantonsbibliothek: Einmalige Anschaffungen und erhöhte Betriebskosten	-0.9
• Subventionierung der Sinfonietta: Erhöhung zum vollen Jahresbeitrag	-0.3
• Kantonales Sportpolitisches Konzept	-0.2
• Heime und Institutionen: Mehrausgaben für Staatsbeiträge (hier handelt es sich um eine Mengenausweitung und nicht um eine neue oder erweiterte Aufgabe)	-1.3
• Kantonsgericht: Schaffung einer 4. Kammer Strafgericht (6 Monate)	-0.3

2.5 Entlastungsmassnahmen der kantonalen Verwaltung

Aufgrund des unbefriedigenden Saldos der Laufenden Rechnung hat der Regierungsrat im Rahmen des Budgetprozesses die Direktionen beauftragt, für 2004 Entlastungsmassnahmen einzuleiten. Dank den von den Direktionen eingeleiteten und umgesetzten Massnahmen kann der Saldo der Laufenden Rechnung 2004 um insgesamt 20.1 Mio. Franken entlastet werden. Im Hinblick auf das Budget 2005 werden im Rahmen einer generellen Aufgabenüberprüfung weitere Entlastungen gesucht.

Nachfolgend werden die Entlastungsmassnahmen direktionsweise aufgeführt.

Bei der **Finanz- und Kirchendirektion** wurden Entlastungen des Budgets 2004 von gesamthaft 5.8 Mio. Franken mit den folgenden Massnahmen umgesetzt:

- Abschreibungen von aktivierten Investitionsbeiträgen reduzieren das Abschreibungsvolumen um 4.8 Mio. Franken
- Verzicht auf Informatikanschaffungen/-projekte (-1 Mio. Franken)
- Verzicht auf den Ausbau der Fachstelle für Familienfragen (- 57'000 Franken)

Bei der **Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion** wurden Entlastungsmassnahmen in der Höhe von 1.06 Mio. Franken umgesetzt:

- Beim Forstamt wurden Entlastungen des Budgets 2004 in der Höhe von 660'000 Franken umgesetzt durch diverse Massnahmen wie z.B. den Verzicht auf die Haltung von Staatswald, Ausdünnung Kontrollstichproben (KSP), Senkung Standard Waldentwicklungsplan (WEP), Neuausrichtung von Untersuchungsprogramm, Kürzung von Ansätzen, Anpassung von Aufträgen, Verlängerung von Projekten, Verzicht auf Ausbau, Erhöhung von Gebühren, Verbesserung des Holzabsatzes, Anpassung von Verrechnungssätzen an tatsächliche Aufwände sowie konsequente Verrechnung von Bundesleistungen.
- Beim Reinertrag eidg. Alkoholmonopol führt der Wechsel vom Übergangsmodell auf wiederkehrende jährliche Zahlungen (Eidgenössische Alkoholgesetzgebung) zu Mehreinnahmen in der Höhe von 200'000 Franken.
- Dadurch, dass weniger Schüler an die Hochschule Wädenswil gehen, wird die Aufwandseite um 200'000 Franken entlastet.

Die **Bau- und Umweltschuttdirektion** hat das Budget 2004 um gesamthaft 2 Mio. Franken entlastet. Die wesentlichsten Leistungskürzungen betreffen den baulichen Unterhalt im Hoch- und Tiefbau. Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit sollte dieses tiefe Unterhaltsniveau langfristig erhöht werden. Weiter betrifft es den öffentlichen Verkehr, bei welchem insbesondere im Bereich der Tangential-Bus-Linien Fahrplanangebote zurückgenommen werden müssen. Schliesslich betrifft es im Bereich Umweltschutz alle beteiligten Dienststellen mit Leistungskürzungen, insbesondere die Verschiebung der Ausrichtung von Beiträgen an Naturschutz im Wald um ein Jahr.

Bei der **Justiz-, Polizei- und Militärdirektion** wurden Entlastungsmassnahmen in der Höhe von 3.9 Mio. Franken umgesetzt. Der Personalaufwand konnte in bestimmten Bereichen infolge von Aufgabenreduktionen und von Aufgabenverlagerungen herabgesetzt werden (Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz, Pass- und Patentbüro). Durch den Wegfall der Beiträge an die Gemeinschaftsschiessanlagen sowie durch die Verringerung des Sachaufwands beim Amt für Bevölkerungsschutz konnten die Kosten gegenüber dem Budget 2003 um insgesamt 870'000 Franken gesenkt werden. Auf der Ertragsseite resultiert eine Steigerung von insgesamt 3.1 Mio. Franken (Anpassung der Verordnung zum Zivilrecht, Einführung von Führerausweisen im Kreditkartenformat und von Wunschkontrollschildern, Bussen infolge von verstärkten Verkehrskontrollen).

Die **Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion** hat Entlastungen des Budgets 2004 von 7.25 Mio. Franken realisiert. Es wurden die folgenden Massnahmen umgesetzt:

- Aus dem Stopp des Weiterbaus Informatik (Internet an den Schulen) resultieren Minder aufwendungen von 1.8 Mio. Franken

- Die Finanzierung der Beiträge an Privatschulen nach dem Trägerschaftsprinzip (Privatschulbesuche auf Stufe Kindergarten und Primar werden künftig von den Gemeinden finanziert) entlastet das Budget 2004 um 1.5 Mio. Franken.
- Verzicht auf den Ausbau der Schulsozialarbeit (-1.1 Mio. Franken)
- Die Reduktion der Stundentafel der Gymnasien um 1 Lektion (Streichung 1 Jahreslektion Sport) entlastet das Budget um 550'000 Franken.
- Die auf 1 Jahr befristete Streichung der bezahlten Urlaube an der Volksschule (gilt nicht für den Besuch der Semesterkurse) entlastet das Budget um 500'000 Franken.
- Schliessung SBA+ Laufental (-300'000 Franken)
- Anmelde- und Prüfungsgebühren Gymnasien und DMS 3 (Mehrertrag von 270'000 Franken)
- Verzicht auf den Stellenausbau Sozialpsychiatrischer Dienst und der Verzicht auf die Erhöhung des Beitrags an die Schulpsychologischen Dienste der Gemeinden Allschwil und Muttenz (-175'000 Franken).
- Der Verzicht auf das Anschlussangebot Lehratelier für Damenschneiderinnen entlastet den Aufwand um 160'000 Franken.
- Verzicht auf die Kostenübernahme für Meisterkurse gemäss DBK-Liste im Rahmen des Regionalen Schulabkommens (-150'000 Franken).
- Zusammenlegung von Klassen über die Gymnasien durch Verschiebungen z.T. auch von Repetenten (-120'000 Franken).
- Einführung von Anmelde- und Prüfungsgebühren HMS (Mehreinnahmen von 70'000 Franken)
- Reduktion des Freifachangebotes der Gymnasien (Minderaufwand von 50'000 Franken)

3 Überblick über den Staatshaushalt

3.1 Laufende Rechnung und Investitionsrechnung

Die *Laufende Rechnung 2004* weist ein Defizit von 47.4 Mio. Franken aus, was gegenüber dem Vorjahresbudget (Saldo Laufende Rechnung: -44.3 Mio. Franken) und gegenüber der Rechnung 2002 (-43.1 Mio. Franken) eine leichte Verschlechterung darstellt. Die Budgettrichtlinien 2004 sind von einem Zielsaldo von -20 Mio. Franken ausgegangen. Diese Vorgabe konnte trotz den von den Direktionen eingeleiteten und umgesetzten Entlastungsmassnahmen (s. Kap. 2.5) nicht eingehalten werden.

Aus der Übersicht auf der folgenden Seite ist ersichtlich, dass der *laufende Aufwand* mit 1.8% oder 41.1 Mio. Franken stärker zunimmt als der *laufende Ertrag*, der um 38 Mio. Franken oder 1.7% gegenüber dem Vorjahresbudget ansteigt.

Die *Selbstfinanzierung* nimmt aufgrund des erneut leicht höheren Defizits in der Laufenden Rechnung wiederum ab, sowohl gegenüber dem Vorjahresbudget als auch der Rechnung 2002, und zwar auf 74.5 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt damit unter 50% (2002: 65.6%; 2003: 53.9%) und muss als ungenügend eingestuft werden. Die Neuverschuldung (Finanzierungssaldo) erhöht sich im Vergleich mit dem Vorjahresbudget um fast 10% auf 75.5 Mio. Franken.

Übersicht über den Voranschlag 2004

in Mio. Fr.	Rechnung 2002	% Ver. zu R 02	Budget 2003 inkl. NK	% Ver. zu B 03	Budget 2004
LAUFENDE RECHNUNG					
Aufwand	2'434.4	-5.3	2'305.8	1.8	2'346.9
Ertrag	2'391.3	-5.4	2'261.5	1.7	2'299.5
Saldo Laufende Rechnung	-43.1	2.8	-44.3	7.0	-47.4
INVESTITIONSRECHNUNG					
Ausgaben	175.4	7.7	188.9	13.5	214.4
Einnahmen	37.0	6.2	39.3	63.9	64.4
Nettoinvestitionen	-138.4	8.1	-149.6	0.3	-150.0
SELBSTFINANZIERUNG					
Saldo Laufende Rechnung	-43.1	2.8	-44.3	7.0	-47.4
Abschreibungen Verwaltungsverm.	133.9	-6.6	125.0	-2.5	121.9
Selbstfinanzierung	90.8	-11.1	80.7	-7.7	74.5
Selbstfinanzierung	90.8	-11.1	80.7	-7.7	74.5
Nettoinvestitionen	-138.4	8.1	-149.6	0.3	-150.0
Finanzierungssaldo	-47.6	44.7	-68.9	-8.7	-75.5
Selbstfinanzierungsgrad (%)	65.6	-17.8	53.9	8.6	49.7

3.2 Finanzkennzahlen

Anhand des Finanzkennzahlen-Systems, das in der vorliegenden Form erstmals mit dem Vorjahresbudget veröffentlicht wurde, kann die Entwicklung des Staatshaushalts mit wenigen Schlüsselzahlen beurteilt und mit anderen Kantonen verglichen werden. Die Finanzkennzahlen stellen entweder einen Bezug zum Volkseinkommen her (z.Bsp. Staats- und Steuerquote) oder einen Bezug zwischen Aufwands- und Ertragskategorien (z.Bsp. Zinsbelastungs- und Transferanteil).

Der kantonale Finanzhaushalt wächst im Vergleich zum Vorjahr leicht stärker als das Volkseinkommen. Dies ist ersichtlich an der **Staatsquote**, die mit dem Budget 2004 gegenüber dem Vorjahresbudget moderat von 16.4% auf 16.6% ansteigt. Seit dem Jahr 2000 (15.4%) ist somit der Anteil der konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons am Volkseinkommen um gesamthaft 1.2 Prozentpunkte gewachsen.

Seit 2000 ist ein Trend einer abnehmenden **Steuerquote** festzustellen. Im Budget 2004 bleibt der Anteil der allgemeinen Steuern am Volkseinkommen mit 8.4% gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Finanzkennzahlen	R 2000	R 2001	R 2002	B 2003	B 2004
Staatsquote	15.4%	15.6%	16.6%	16.4%	16.6%
Steuerquote*	8.8%	8.7%	8.6%	8.4%	8.4%
Brutto-Investitionsquote	1.3%	1.2%	1.3%	1.4%	1.5%
Netto-Investitionsquote	0.2%	0.2%	0.3%	0.3%	0.5%
Selbstfinanzierungsgrad	91.9%	58.6%	65.6%	53.9%	49.7%
Neuverschuldungsgrad	8.1%	41.4%	34.4%	46.1%	50.3%
Kapitaldienstanteil	4.5%	4.0%	4.7%	4.7%	4.3%
Zinsbelastungsanteil	-0.9%	-1.7%	-0.4%	-0.8%	-0.9%
Investitionsanteil	8.3%	7.9%	7.7%	8.8%	10.2%
Transferanteil	39.9%	41.6%	43.9%	42.9%	42.0%

* Die im Jahr 2002 periodenfremd aus dem Jahr 2001 vereinnahmten Steuereinnahmen (80 Mio. Franken) wurden zur Berechnung der Steuerquote bereinigt.

Definitionen der Finanzkennzahlen:

Staatsquote: Konsolidierte Gesamtausgaben¹ in % des Volkseinkommens².

Steuerquote: Allgemeine Steuern in % des Volkseinkommens.

Brutto-Investitionsquote: Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens.

Netto-Investitionsquote: Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.

Selbstfinanzierungsgrad: Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.

Neuverschuldungsgrad: Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.

Kapitaldienstanteil: Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag³ in % des bereinigten Ertrags⁴.

Zinsbelastungsanteil: Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag in % des bereinigten Ertrags.

Investitionsanteil: Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags.

Transferanteil: Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen⁵.

¹ Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

² Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die aktuellste Angabe des BFS zum Baslerbieter Volkseinkommen ist der provisorische Wert für das Jahr 2001. Die Zahlen für 2002 und die Folgejahre sind auf Grund der für das Budget angenommenen Prognosen hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für diese Jahre werden ändern, sobald das definitive Volkseinkommen des BFS für 2001 und neue Wachstumsprognosen vorliegen.

³ Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

⁴ Ertrag Laufende Rechnung abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

⁵ Gesamteinnahmen abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

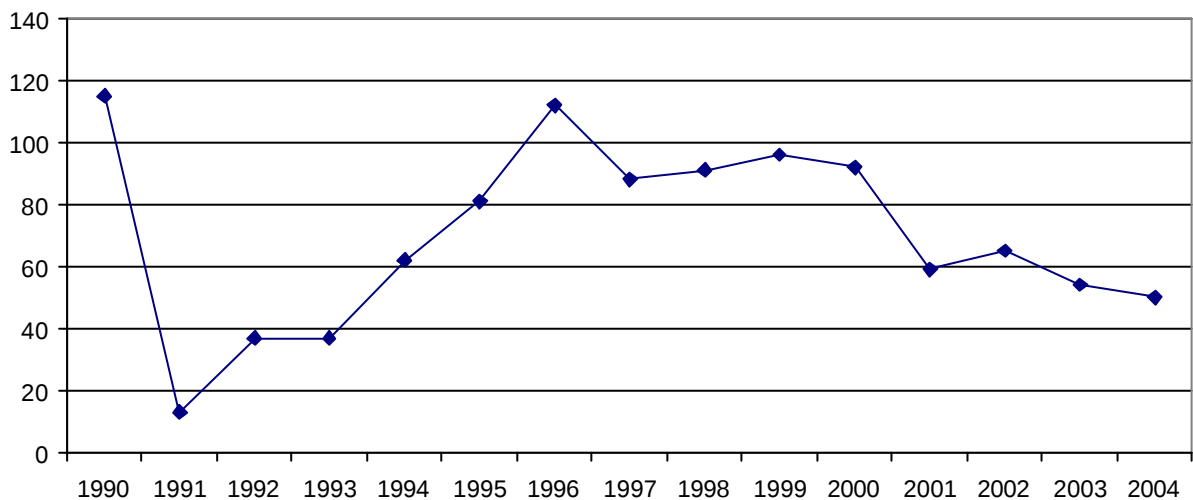
Die **Brutto-Investitionsquote** nimmt gegenüber dem Vorjahr leicht zu und erreicht einen Stand von 1.5% des Volkseinkommens. Der Anstieg ist das Ergebnis der gegenüber dem Vorjahresbudget steigenden Investitionsausgaben.

Der gegenüber dem Vorjahr rückläufige Selbstfinanzierungsgrad hat einen steigenden **Neuverschuldungsgrad** (Finanzierungssaldo) zur Folge. Die Zunahme von 46.1% (Stand 2003) auf 50.3% beträgt über 9%.

Wegen des anhaltend tiefen Zinsniveaus nimmt der **Kapitaldienstanteil** gegenüber 2003 ab und beläuft sich auf 4.3% des bereinigten Ertrags. Der **Zinsbelastungsanteil** bleibt negativ, weil der Nettovermögensertrag auch im Budget 2004 grösser ist als die Passivzinsen. Der **Investitionsanteil** am bereinigten Ertrag nimmt aufgrund des erhöhten Bruttoinvestitionsvolumens gegenüber dem Vorjahr stark zu.

Der **Selbstfinanzierungsgrad** (in % der Nettoinvestitionen) ist mit knapp 50% relativ tief. Mittelfristig sollten die Nettoinvestitionen zu mindestens zwei Dritteln selber finanziert werden. Die Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades in den letzten Jahren ist in der folgenden Grafik veranschaulicht:

Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades seit 1990 (% der Nettoinvestitionen)



4 Analyse des Budgets 2004

4.1 Laufender Aufwand nach Kontogruppen

Die Entwicklung der einzelnen Aufwandskategorien im Vergleich mit dem Budget 2003 und der Rechnung 2002 ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

in Mio. Fr.	Rechnung 2002	% Ver. zu R 02	Budget 2003	% Ver. zu B 03	Budget 2004
Aufwand Laufende Rechnung					
30 Personalaufwand	778.0	5.2	818.4	4.2	852.8
31 Sachaufwand	258.0	-2.1	252.5	5.6	266.7
32 Passivzinsen	77.0	-33.6	51.1	-9.4	46.3
33 Abschreibungen	179.5	-19.6	144.3	1.4	146.3
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	120.3	-17.7	99.1	-23.2	76.0
35 Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen	92.3	-9.4	83.6	-11.1	74.3
36 Eigene Laufende Beiträge	745.4	-0.3	743.0	3.7	770.4
37 Durchlaufende Beiträge	82.3	1.0	83.1	3.1	85.7
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	65.0	-87.8	8.0	-49.4	4.0
39 Interne Verrechnungen	36.6	-37.8	22.8	7.0	24.4
Gesamttotal Aufwand	2'434.4	-5.3	2'305.8	1.8	2'346.9

Gegenüber dem Budget 2003 nimmt der Gesamtaufwand um 41.1 Mio. Franken oder 1.8% zu. Der Anstieg ist das Ergebnis gegenläufiger Entwicklungen bei den einzelnen Kontengruppen. Mehraufwendungen von gesamthaft 82.2 Mio. Franken (Personalaufwand +34.5, Eigene Laufende Beiträge +27.4, Sachaufwand +14.2, durchlaufende Beiträge +2.6, Abschreibungen +2 und interne Verrechnungen +1.6) stehen Minderaufwendungen von insgesamt 41.1 Mio. Franken gegenüber (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung -23.1, Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen -9.3, Passivzinsen -4.8 sowie Einlagen in Spezialfinanzierungen -3.9).

Der **Personalaufwand (30)** verzeichnet gegenüber dem Vorjahresbudget einen Zuwachs von 34.5 Mio. Franken oder +4.2%. Für 2004 ist keine generelle Lohnanpassung vorgesehen. Der Mehraufwand ist zum Teil auf den Stufenanstieg und auf einen Stellenausbau (v.a. bei den Spitälern, bei der Polizei und beim Kantonsgericht) zurückzuführen. Der revidierte Finanzausgleich führt zu strukturellen Verschiebungen (Übernahme der Löhne der Realschullehrkräfte), welche ebenfalls zu höheren Personalaufwendungen führen.

Die **Eigenen Laufenden Beiträge (36)** nehmen gegenüber dem Vorjahresbudget um 27.4 Mio. Franken oder 3.7% ebenfalls markant zu. Hier schlagen höhere Beiträge an die AHV/IV und EL (+19.4 Mio. Franken) und an den öffentlichen Verkehr (+0.8 Mio. Franken) zu Buche. Für die Anschubfinanzierung des zu gründenden ETH-Instituts für Systembiologie sind 2.5 Mio. Franken vorgesehen. Gleichzeitig wird der Beitrag an die Universität Basel um 7.5 Mio. Franken erhöht.

Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (34)** nehmen wegen dem Wegfall des Gemeindeanteils an den Sondersteuern um 23.1 Mio. Franken oder 23.2% ab.

Der **Sachaufwand (31)** nimmt um 5.6% oder 14.2 Mio. Franken zu. Kostentreiber sind das medizinische Verbrauchsmaterial (+3.3 Mio. Franken), EDV-Leistungen Dritter (+2.1 Mio. Franken), der bauliche Unterhalt (+1.9 Mio. Franken), die Informatik (+1.8 Mio. Franken) sowie Arzthonorare/medizinische Fremdleistungen (+1.7 Mio. Franken).

Die **Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen (35)** belaufen sich auf 74.3 Mio. Franken und weisen gegenüber dem Vorjahresbudget eine Reduktion um 9.3 Mio. Franken auf (-11.1%). Die folgenden Positionen haben zu dem Rückgang geführt:

- Entschädigungen an Kantone (-9.1 Mio. Franken), wovon Spitalabkommen mit dem Kanton Solothurn -2.1, Spitalabkommen mit Basel-Stadt +3.5 sowie Berufsschule für Pflege -2.3 und Entsorgungsgebühren durch die KVA Basel -7.6 infolge Einführung des Verursacherprinzips.
- Entschädigung an private Institutionen (-1.8 Mio. Franken), wovon -1.5 Mio. Franken bedingt durch Kontoverschiebungen (35 zu 36) aufgrund des Direktionswechsels der Berufsschule für Pflege von der VSD zur BKSD
- Entschädigungen an den Bund (+0.9 Mio. Franken)
- Entschädigungen an Gemeinden (+0.7 Mio. Franken)

Die **Passivzinsen (32)** konnten um 4.8 Mio. Franken reduziert werden. Die Reduktionen wurden realisiert durch eine kostengünstigere Ablösung von Staatsanleihen.

Die **Abschreibungen (33)** nehmen um 2 Mio. Franken zu (Abschreibung unerhältlicher Gebühren +5.3 Mio. Franken und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen -3.5 Mio. Franken).

4.2 Entwicklung der Erträge nach Artengliederung

Die Erträge weisen einen Zuwachs von insgesamt 38 Mio. Franken oder 1.7% auf. Der Zuwachs ist die Folge gegenläufiger Entwicklungen bei den einzelnen Ertragsarten. Mehrerträgen von gesamthaft 69.9 Mio. Franken (Steuern +27.8, Entgelte +21.2, Regalien und Konzessionen +12.2, Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen +4.2, durchlaufende Beiträge +2.6, Entnahme aus Spezialfinanzierung +0.3, Interne Verrechnungen +1.6) stehen Mindererträge von insgesamt 31.9 Mio. Franken gegenüber (Laufende Beiträge für eigene Rechnung -24.3, Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung -6.4, Vermögenserträge -1.2).

Im einzelnen sind folgende Entwicklungen festzustellen:

in Mio. Fr.	Rechnung 2002	% Ver. zu R 02	Budget 2003	% Ver. zu B 03	Budget 2004
Erträge Laufende Rechnung					
40 Steuern	1'314.5	-7.7	1'212.7	2.3	1'240.5
41 Regalien und Konzessionen	33.6	34.6	51.4	23.7	63.6
42 Vermögenserträge	86.3	-26.9	68.0	-1.7	66.8
43 Entgelte	382.9	0.1	383.3	5.5	404.6
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	93.6	14.2	109.1	-5.8	102.7
45 Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen	49.3	-4.7	47.0	8.9	51.2
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	307.8	-8.5	283.7	-8.6	259.4
47 Durchlaufende Beiträge	82.0	1.3	83.1	3.1	85.7
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds	2.8	-568.5	0.4	65.0	0.7
49 Interne Verrechnungen	38.4	-68.7	22.8	7.0	24.4
Gesamttotal Einnahmen	2'391.3	-5.7	2'261.5	1.7	2'299.5

Die **Steuern (40)** steigen gegenüber dem Vorjahresbudget um 2.3% oder 27.8 Mio. Franken an. Beim ausgewiesenen Rückgang der für 2003 budgetierten Steuereinnahmen um 7.7% ist zu berücksichtigen, dass die Rechnung 2002 periodenfremde Steuereinnahmen in der Höhe von 80 Mio. Franken beinhaltet. Zur Zunahme gegenüber dem Vorjahresbudget tragen die Einkommenssteuern der natürlichen Personen (+27 Mio. Franken), die Erbschafts- und Schenkungssteuer (+ 3 Mio. Franken) und die Verkehrssteuern (+0.5 Mio. Franken) bei. Rückläufig entwickeln sich die Grundstückgewinnsteuer (-3 Mio. Franken) und die Handänderungssteuer (-3 Mio. Franken). Die Details können der nachfolgenden Tabelle der Steuererträge (gegliedert nach Arten) entnommen werden.

Die Zunahme bei den **Entgelten (43)** um mehr als 20 Mio. Franken ist auf die folgenden Faktoren zurückzuführen:

- Pflögetaxen (+17.7 Mio. Franken; die Erhöhung resultiert aus einer Erhöhung der Taxen und einer Ausdehnung der Leistungen)
- Bussen (+5.6 Mio. Franken)
- Gebühren für Amtshandlungen (+3.3 Mio. Franken)
- Rückerstattungen (+3 Mio. Franken)
- Entsorgungsgebühren (-8.6 Mio. Franken)

Die **Regalien und Konzessionen (41)** steigen vor allem wegen der zusätzlichen Ausschüttung von Nationalbankgewinnen um 12.2 Mio. Franken oder 23.7% auf über 63 Mio. Franken an.

Die **Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen (45)** steigen um 4.2 Mio. Franken an. Dazu tragen eine höhere Rückerstattung des Bundes an die RAV (+2.2 Mio. Franken) und höhere Rückerstattungen von Kantonen (+1.5 Mio. Franken) bei.

Die **Laufenden Beiträge für eigene Rechnung (46)** sinken um 24.3 Mio. Franken. Die wesentlichen Bestimmungsfaktoren sind sinkende Beiträge der Gemeinden (-29.6 Mio. Franken), wegfallende Bundesbeiträge an das Sprachheilwesen (-2.3 Mio. Franken) sowie höhere Beiträge vom Bund (+5.1 Mio. Franken).

Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (44)** nehmen ebenfalls ab. Der Rückgang um 6.4 Mio. Franken ist vor allem begründet in der Abnahme der Anteile an der direkten Bundessteuer (-4.5 Mio. Franken) und an der Verrechnungssteuer (-2.1 Mio. Franken).

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die **Steuererträge gegliedert nach Arten**:

Steuern in Mio. Fr.	Rechnung 2002	% Ver. zu R 02	Budget 2003	% Ver. zu B 03	Budget 2004
Einkommenssteuer nat. Personen	819.1	-7.8	755.0	3.6	782.0
Vermögenssteuer nat. Personen	99.1	-9.1	90.0	0.0	90.0
Grenzgänger, Nach- und Strafsteuern; Doppelbest.abkommen	37.6	-5.6	35.5	3.1	36.6
Ertragssteuer juristische Personen	136.1	2.1	139.0	0.4	139.5
Kapitalsteuer juristische Personen	13.8	1.2	14.0	1.4	14.2
Kirchensteuer jurist. Personen	8.3	-7.8	7.7	0.5	7.7
Abfindungen, Liquidationen	32.1	-84.4	5.0	30.0	6.5
Grundstückgewinnsteuer	33.3	11.2	37.0	-8.1	34.0
Handänderungssteuer	26.9	4.0	28.0	-10.7	25.0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	37.3	-24.9	28.0	10.7	31.0
Verkehrssteuer	70.9	3.7	73.5	0.7	74.0
Gesamttotal Steuern	1314.5	-7.7	1'212.7	2.3	1'240.5

5 Interkantonale Zusammenarbeit

5.1 Universitäts-Kinderspital beider Basel

Für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) sind im Budget 2004 Globalbeiträge für die Abteilungen der Dienstleistungen von insgesamt 17.7 Mio. Franken eingestellt. Die Globalbeiträge wurden mit separater Vorlage für zwei Jahre, d.h. für 2003 und 2004 bewilligt⁵:

⁵ Landratsvorlage 2002-275

	<i>Budget 2004</i>	<i>Budget 2003</i>
Abgeltung der klinischen Lehre und Forschung	4.2 Mio. Fr.	4.2 Mio. Fr.
Abgeltung der stationären Versorgung (ungedeckte Kosten aus der Spitalbehandlung von Patienten aus dem Kanton Basel-Landschaft in der Allgemeinen Abteilung)	8.5 Mio. Fr.	8.2 Mio. Fr.
Abgeltung der übrigen Leistungen	<u>5.0 Mio. Fr.</u>	<u>5.0 Mio. Fr.</u>
Total	17.7 Mio. Fr.	17.4 Mio. Fr.

Der Kinderspitalrat hat am 11. September 2003 den Zwischenabschluss UKBB zur Kenntnis genommen. Danach weist das UKBB als Betriebsergebnis für das 1. Semester 2003 einen Ertragsüberschuss von 107'193 Franken aus (Budget = ausgeglichene Rechnung). Somit ist der Betrieb bis anhin auf Budgetkurs. Der Gesamtertrag liegt rund 1.5 Mio. Franken über dem budgetierten Betrag, denn die Erträge aus ambulanten Behandlungen liegen allein schon rund 1.3 Mio. Franken über dem Budget. Der Gesamtaufwand liegt rund 1.4 Mio. Franken über dem budgetierten Betrag. Beim Aufwand liegt der „interne Personalaufwand“ (grösste Aufwandposition) praktisch auf Budgetkurs (rund 40'000 Franken Überschreitung bzw. 0.1% Abweichung), während die „externen Personalkosten“ (bedingt durch das Informatik-Projekt „MOBILE“) und die Position „medizinischer Bedarf“ über den budgetierten Werten liegen.

Die Patientenzahlen (Austritte) haben im stationären Bereich gegenüber dem 1. Semester des Vorjahres leicht abgenommen (ca. 2.8 %). Dabei ist der Rückgang der Patienten aus dem Kanton Basel-Stadt grösser als derjenige aus dem Kanton Basel-Landschaft. Leicht zugenommen hat hingegen die Anzahl der Patienten aus den übrigen Kantonen oder aus dem Ausland. Bezüglich der Pflegetage liegt das UKBB im ersten Halbjahr 2003 leicht (um rund 1.6 %) unter der budgetierten Plangrösse (Ist 19'644 / Budget 19'960). Auch die Anzahl der ambulant behandelten Patienten hat gegenüber der Vorjahresperiode leicht (d.h. um rund 2.2 %) abgenommen.

5.2 Fachhochschule beider Basel

Der Globalbeitrag 2004 der beiden Basel wird gegenüber dem Vorjahr unverändert auf 36.9 Mio. Franken festgelegt, womit ca. 42% des Gesamtaufwands finanziert werden können. Der Anteil des Kantons Basel-Landschaft beläuft sich mit 23.7 Mio. Franken auf rund 65% des Globalbeitrags.

Das Budget 2004 der Fachhochschule beider Basel (FHBB) weist ein Defizit von rund 1 Mio. Franken aus (Aufwand von 87.9 Mio. Franken und Ertrag von 86.9 Mio. Franken). Im Voranschlag erstmals enthalten sind die Aktivierung von Investitionen und die unentgeltlichen Leistungen der Trägerkantone (kalkulatorische Mietkosten).

Wie in den übrigen Verwaltungsbereichen ist im FHBB-Globalkredit für 2004 kein Ausgleich der Teuerung berücksichtigt; es ist auch kein Ausgleich des Stufenanstiegs berücksichtigt. Im Rahmen der Sparbemühungen wurde zudem vereinbart, dass im Jahr 2004 Einnahmen aus den Regionalen Schulabkommen (RSA) und der Fachhochschul-Vereinbarung (FHV) von rund 0.9 Mio. Franken an die Trägerkantone zu überweisen sind. Durch die Änderung des Beitragschlüssels (65% BL, 35% BS) wird der Kanton Basel-Landschaft gegenüber dem Vorjahr zusätzlich entlastet.

Die Umstellung der Rechnungslegung durch die Einführung der Anlagenbuchhaltung wirkt sich auf die Erfolgsrechnung der FHBB aus. Gemäss den mit den Trägerkantonen und den Kontrollstellen vereinbarten Richtlinien ergibt sich eine Verbesserung des Ergebnisses, weil die budgetierten Investitionen lediglich mit Pro-Rata-Abschreibungen der Rechnung belastet werden. Insgesamt beträgt der positive Effekt dieser technischen Änderung 740'000 Franken. Es handelt sich dabei um einen einmaligen ausserordentlichen Ertrag.

Um den internen und externen Anforderungen gerecht zu werden, wird der Forschungs- und Dienstleistungsbereich weiter ausgebaut, was sich im Budget 2004 widerspiegelt. So nimmt der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahresbudget um 5% zu (Zunahme rund 3 Mio. Franken auf 58.1 Mio. Franken) und die Betriebsmittel (inkl. Investitionen) erhöhen sich gegenüber dem Vorjahresbudget um 15% (Zunahme rund 1.5 Mio. Franken auf 11.6 Mio. Franken). Der Infrastrukturaufwand nimmt gegenüber dem Vorjahr um 16% zu (Zunahme 964'000 Fr. auf 7 Mio. Franken), hauptsächlich durch die zusätzlich gemieteten Räumlichkeiten im Peter-Merian-Haus und im Senn-Areal. Diese zusätzlichen Mietkosten werden 2004 teilweise, später vollständig, durch Mehrerträge kompensiert. Auch führen unabdingbare Unterhaltsarbeiten zu wachsenden Kosten.

Die Erträge wachsen gegenüber dem Vorjahresbudget um rund 6 Mio. Franken oder 8%, hauptsächlich infolge der höheren Studierendenzahlen (Beiträge des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie sowie Beiträge der Kantone gemäss Fachhochschulvereinbarung und Regionalem Schulabkommen) und der Anpassung der Studiengebühren.

Das Budgetziel konnte nur mit einschneidenden Massnahmen erreicht werden (Kürzung Investitionen, Personalbereich, Erhöhung Studiengebühren). Es stehen keine Mittel für die Einführung der Bologna-Reform, namentlich der Masterstudiengänge zur Verfügung.

Von tiefgreifenden Verzichtsmassnahmen will der Fachhochschulrat absehen, bis Klarheit über die weitere Entwicklung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) besteht. Die Trägerkantone AG, BL, BS und SO entwickeln zur Zeit gemeinsam mit den Fachhochschulen eine Fusionslösung zur FHNW mit dem Ziel, ein hochstehendes Lehrangebot unter optimaler Nutzung der Ressourcen anzubieten.

5.3 Universität Basel

Im Budget 2004 sind für die Universität für den Betrieb und den Erneuerungsfonds 79.6 Mio. Franken eingestellt. Zudem sind 11.3 Mio. Franken für die klinische Medizin eingestellt, wobei dieser Betrag an das Sanitätsdepartement BS geht.

Die Universität unterbreitet für 2004 ein Budget mit einem Defizit in der Höhe von 2.5 Mio. Franken. Diese Zielgrösse konnte nur mit einschneidenden Sparmassnahmen erreicht werden. Unter anderem wurde für die Personalbudgets aller Departemente eine pauschale Kürzung um drei Prozent vorgegeben, und die Studiengebühren werden ab Wintersemester 2003/04 auf 700 Franken erhöht (bisher 600 Fr.). Auf den Teuerungsausgleich für das Personal wird weitgehend verzichtet.

Ohne die erwähnten Massnahmen würde das Defizit im Budget 2004 der Universität knapp 10 Mio. Franken betragen. Bereits das defizitäre Budget des laufenden Jahres (-2.2 Mio. Franken) war nur durch Einsparungen innerhalb der gesamten Universität zu erreichen. Davon ausgenommen waren einzig die Fachbereiche mit starkem Zuwachs an Studierenden. Der Universitätsrat weist im Budgetbericht 2004 erneut darauf hin, dass die zur Verfügung stehenden Budgetmittel nicht ausreichen, um mittel- und langfristig die Qualität des Angebots im nationalen und internationalen Wettbewerb der Hochschulen halten zu können.

Das Budget 2004 der Universität rechnet nach Abzug von unentgeltlichen Leistungen von Basel-Stadt (25.1 Mio. Franken) und eigenen Erträgen aus Gebühren, Dienstleistungen und Vermögensanlagen (24.7 Mio. Franken) mit einem Gesamtaufwand von 294.2 Mio. Franken. Der Anteil der Studiengebühren steigt nach der Erhöhung um 1.2 Mio. Franken auf 8.4 Mio. Franken an. Vom Gesamtaufwand sind 214.9 Mio. Franken durch staatliche Träger gedeckt, was einem Anteil von 73% entspricht (BL 79.6 Mio. Franken, BS 77.1 Mio. Franken, wovon 10.8 Mio. Franken beim Kanton für die Pensionskassen-Amortisation verbleiben). Es werden Beiträge für Studierende aus anderen Kantonen von 27.7 Mio. Franken erwartet. Die Einnahmen aus Nationalfonds-Projekten sind mit 38 Mio. Franken und jene aus Drittmitteln mit 40 Mio. Franken im Voranschlag 2004 eingestellt.

Im Rahmen der Verhandlungen über die Weiterentwicklung des Universitätsvertrags haben die Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt die Absicht geäussert, einen Fonds für den Unterhalt und die Erneuerung der universitären Liegenschaften einzurichten und ihn ab 2004 mit je 7 Mio. Franken (Beitrag an den Liegenschaftsunterhalt) pro Kanton und Jahr zu dotieren. Bis Ende 1. Quartal 2004 will die Verhandlungsdelegation sich zudem darüber verständigen, wie die in § 12 Abs. 1 des Universitätsvertrags erwähnte "Mitträgerschaft" von Basel-Landschaft an der Universität Basel zu definieren ist und eine umfassende, Investitionen und Betriebsmittel abdeckende Gesamtlösung entwickeln. Die Lösung für die Immobilien wie auch die Gesamtstrategie wird der Regierungsrat dem Landrat in entsprechenden Vorlagen zur Realisierung beantragen.

6 Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Gegenüber dem Vorjahresbudget nehmen die Investitionsausgaben um 25.5 Mio. Franken oder 13.5% zu. Dank den hohen Investitionseinnahmen von 64.4 Mio. Franken, welche gegenüber dem Vorjahr um 64% zunehmen, können die Nettoinvestitionen auf dem Niveau von 150 Mio. Franken verstetigt werden. Erfahrungsgemäss wurde die jeweils beantragte Investitionssumme in der Regel nicht ausgeschöpft. Die Planung in den einzelnen Projekten geht nun von einem höheren Betrag aus. Insgesamt soll das Niveau von 150 Mio. Franken Nettoinvestitionen jedoch nicht überschritten werden (Verstetigung des Investitionsniveaus).

Im Hochbau werden gegenüber dem Vorjahr rund 7 Mio. Franken (Kant. Psychiatrische Dienste, Kantonsbibliothek), im Tiefbau (J2 Augst-Liestal) und für die Staatsbeiträge an die Alters- und Pflegeheime je rund 9 Mio. Franken mehr ausgegeben. Im Bereich der Abwasserentsorgung werden neue Projekte in Angriff genommen (z.Bsp. Ausbau ARA Birs, Schlammanlage ARA Ergolz 2), welche gegenüber dem Vorjahr zu Mehrausgaben von rund 9 Mio. Franken führen.

7 Finanzierungssaldo und Verschuldung

Aufgrund des Voranschlags 2004 resultiert ein Finanzierungssaldo von -75.5 Mio. Franken, welcher zu einer entsprechenden Neuverschuldung führt. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz⁶ ist dies der Rahmen, bis zu welchem der Regierungsrat Staatsanleihen auflegen kann.

8 Finanzplan 2004 – 2007

Der Finanzplan enthält einen Überblick über die unbeeinflusste Entwicklung von Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung sowie des geplanten Investitionsniveaus der kommenden 4 Jahre. Das Budget 2004 ist das erste Jahr der Finanzplanperiode.

Der vorliegende Finanzplan 2004 – 2007 basiert auf dem Stand des Budgets 2004 und auf der Annahme einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Region. Dem Finanzplan, der rollend der jährlichen Entwicklung angepasst wird, ist ein ab 2005 höheres reales Wachstum der regionalen Wirtschaft von 2 Prozent pro Jahr zugrunde gelegt. Die Teuerung sollte trotz dem erwarteten Anstieg im Jahr 2005 weiterhin auf tiefem Niveau verharren (1.5% p.a.). Dem Finanzplan sind die folgenden volkswirtschaftlichen Eckwerte zu Grunde gelegt:

	2004	2005	2006	2007
BIP real (%)	1.4	2.0	2.0	2.0
Teuerung (%)	0.7	1.5	1.5	1.5
Zinsen Kapitalmarkt (%)	3.2	3.5	3.5	3.5

Im Finanzplan 2004 – 2007 wird von einem konstanten Volumen der Nettoinvestitionen von 150 Mio. Franken ausgegangen.

Der Finanzplan berücksichtigt auf der Aufwandseite der Laufenden Rechnung die folgenden Annahmen:

- Eine Anpassung des Personalaufwands (1.5% allgemeine Teuerung, 0.9% Erfahrungsstufen-Anstieg und Beförderungen) ist ab 2005 mit einem jährlichen Mehraufwand von 30 Mio. Franken eingestellt.
- Eine geschätzte Entlastung durch die Neugestaltung von Aufgaben und Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen (NFA) von jährlich 11 Mio. entlastet den Haushalt erstmals 2007.
- Die zweite Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung wird ab 2005 zu namhaften Mehraufwänden bei der Spitalfinanzierung führen. Es handelt sich um die folgenden geschätzten Beträge: 2005: 31 Mio. Franken / 2006: 53 Mio. Franken / 2007: 73 Mio. Franken.
- Bei den Ausgaben im Sozialbereich (Beiträge an AHV/IV; Ergänzungsleistungen zu AHV/IV sowie der Krankenversicherungsprämienverbilligung) ist mit einem geschätzten jährlichen Ausgabenwachstum von ca. 20 Mio. Franken zu rechnen.
- Das Entlastungsprogramm 2003 des Bundes führt zu folgenden Saldoverschlechterungen der Laufenden Rechnung (ohne entsprechende Leistungskürzungen beim Kanton): 2005: 14 Mio. Franken / 2006: 13 Mio. Franken / 2007: 11 Mio. Franken.

⁶ § 35 Absatz 1 Buchstabe f.

- Die bereits im Rahmen des Budgets 2004 eingeleiteten und von den Direktionen schon umgesetzten oder noch umzusetzenden Entlastungsmassnahmen bringen folgende Verbesserung des Saldos der Laufenden Rechnung: 2005: 15 Mio. Franken / 2006: 19 Mio. Franken / 2007: 27 Mio. Franken

Finanzplan 2004 - 2007

In Mio. Franken	R 2002	E 2003	B 2004	F 2005	F 2006	F 2007
Aufwand						
Personalaufwand	778	830	853	900	932	972
Sachaufwand	258	252	267	314	316	316
Passivzinsen	77	52	46	51	59	68
Abschreibungen	179	147	146	152	163	168
Beiträge ohne Zweckbindung	120	99	76	78	79	81
Entschädigung an öffentl. Gemeinwesen	92	84	74	106	131	154
Eigene laufende Beiträge	745	751	770	820	854	882
Durchlaufende Beiträge	82	83	86	86	88	89
Einlagen in Spezialfinanzierung	65	8	4	4	4	4
Interne Verrechnungen	37	23	24	24	24	24
Entlastung durch NFA (global)						-11
Total Aufwand	2'434	2'329	2'347	2'535	2'650	2'747
Ertrag						
Total Steuern	1'314	1'235	1'240	1'251	1'271	1'241
Regalien und Konzessionen	34	100	64	67	78	78
Vermögenserträge	86	66	67	68	70	71
Entgelte	383	382	405	416	429	440
Beiträge ohne Zweckbindung	94	96	103	97	102	112
Rückerstattungen	49	47	51	52	53	54
Laufende Beiträge	308	230	259	274	286	298
Durchlaufende Beiträge	82	83	86	86	88	89
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	3	0	1	2	2	2
Interne Verrechnungen	38	23	24	24	24	24
Total Ertrag	2'391	2'262	2'300	2'339	2'401	2'409
Saldo Laufende Rechnung	-43	-67	-47	-196	-249	-338
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	134	125	122	123	129	130
Selbstfinanzierung	91	58	74	-73	-120	-209
Netto Investitionen	138	141	150	150	150	150
Finanzierungssaldo	-48	-83	-76	-223	-270	-359

Auf der Ertragsseite der Laufenden Rechnung berücksichtigt der Finanzplan die folgenden Annahmen:

- Bei den Steuererträgen wird bis 2006 ein Wachstum von ca. 20 Mio. Franken pro Jahr erwartet. Im Jahr 2007 werden die Steuererträge jedoch infolge der Umsetzung der Revision der Familien- und der Rentnerbesteuerung (-30 Mio. Franken) und der geplanten Revision der Unternehmensbesteuerung (-20 Mio. Franken) um netto 30 Mio. Franken sinken.
- Bei den Beiträgen, die der Kanton im Sozialbereich von Bund und Gemeinden erhält (Ergänzungsleistungen AHV/IV; Prämienverbilligung), wird ein Zuwachs von jährlich ca. 9 Mio. Franken erwartet.
- Bei den Anteilen des Kantons an Bundessteuern (Direkte Bundessteuer, Verrechnungssteuer) ist ab 2005 mit Mindererträgen zu rechnen (2005: -5 Mio. Franken, 2006: -1 Mio. Franken) zu rechnen. Im Jahr 2007 steigen diese Erträge wieder über das Niveau des Budgets 2004 (+ 9 Mio. Franken).
- Die Erträge der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe steigen ab 2005 um ca. 5 Mio. Franken an.
- Ab dem Jahr 2006 ist die vom Bund vorgeschlagene Verwendung der überschüssigen Nationalbank-Goldreserven mit 8.7 Mio. Franken jährlich im Finanzplan eingestellt.

Im Finanzplan berücksichtigt sind ferner die geplanten Vorhaben der Direktionen wie etwa (Liste nicht abschliessend):

- Umsetzung der Wohnkosten-Gleichbehandlungsinitiative
- Umsetzung der Wohnkosten-Entlastungsinitiative
- Folgeplanung II der kantonalen psychiatrischen Dienste
- Beitragserhöhung an U-ABO
- Baulicher Unterhalt und Zuwachs Personal beim Hochbauamt.

Der Regierungsrat hat in Anbetracht der unbefriedigenden finanziellen Perspektiven bereits im Zusammenhang mit dem Budget 2004 Entlastungsmassnahmen in die Wege geleitet, die das strukturelle Defizit reduzieren und mittelfristig beseitigen sollen. Im Winterhalbjahr 2003 / 2004 wird zudem in der ganzen Verwaltung eine generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) durchgeführt, und der Regierungsrat prüft darüber hinaus die Einführung einer kantonalen Ausgabenbremse.

Die Erwartung für die Rechnung 2003 zeigt per Ende August einen Saldo der Laufenden Rechnung von ca. -67 Mio. Franken. Der erwartete Saldo liegt somit um ca. 22 Mio. Franken über dem budgetierten Saldo von -44.3 Mio. Franken. Die Hauptabweichungen gegenüber dem Budget sind vor allem auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Geringere Anteile an Bundessteuern
- Der Personalaufwand v.a. in den Spitalbetrieben übersteigt den budgetierten Wert
- Mehrertrag bei den kantonalen Steuern.

9 Geänderte Leistungsaufträge

Parallel zum Budget 2004 haben die Landeskantlei und die Direktionen ihre Leistungsaufträge überprüft und wo erforderlich geändert. Die geänderten und vom Regierungsrat genehmigten Leistungsaufträge werden dem Landrat hiermit zur Kenntnis gebracht. Das Kantonsgericht bleibt die einzige Institution, die dem Landrat noch keinen Leistungsauftrag zur Kenntnis gebracht hat. Ob im Kantonsgericht ein Leistungsauftrag erarbeitet werden soll, wird nach Ablauf der Reorganisationsphase entschieden.

Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion sowie die Bildungs-, Sport- und Kulturdirektion haben dem Regierungsrat die im nachfolgenden Kapitel aufgeführten geänderten Leistungsaufträge zur Genehmigung unterbreitet. Bei der Landeskantlei und den übrigen Direktionen sind auf 2004 nur geringfügige Änderungen im Leistungsauftrag zu verzeichnen, die nicht der Genehmigung des Regierungsrates bedürfen.

9.1 Übersicht über geänderte und vom Regierungsrat genehmigte Leistungsaufträge

9.1.1 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

Bei den geänderten Leistungsaufträgen handelt es sich um Neugruppierungen der bestehenden Produkte. Zudem wurden teils die Indikatoren messbarer und auch kongruenter zu den Zielen definiert und die entsprechenden Standards nun griffiger als in den früheren Fassungen formuliert. Durch die vorgenommene Konzentration auf das Wesentliche wird sich die Aussagekraft erhöhen. Es wurden namentlich die folgenden geänderten Leistungsaufträge vom Regierungsrat genehmigt:

- Im geänderten Leistungsauftrag des *Vermessungs- und Meliorationsamtes* werden insgesamt 2 Produkte weniger dargestellt als in der früheren Fassung
- Im geänderten Leistungsauftrag des *Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain* werden insgesamt 7 Produkte weniger dargestellt als in der früheren Fassung.
- Im geänderten Leistungsauftrag der *Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft* werden die insgesamt 8 Produkte (gleich viele wie in der früheren Fassung) neu jedoch in 3 Produktgruppen (früher 2 Produktgruppen) dargestellt.

9.1.2 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Es wurden die folgenden geänderten Leistungsaufträge vom Regierungsrat genehmigt:

- Mit Inkrafttreten des neuen Bildungsgesetzes auf den 1. August 2003 wurde die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung BL in die *Fachstelle Erwachsenenbildung* integriert. Der Leistungsauftrag wurde überarbeitet und gestrafft. Neu umfasst er nur noch zwei Produktgruppen (bisher 3) und neun Produkte (bisher 12). Der überarbeitete Leistungsauftrag widerspiegelt die neue Organisationsstruktur der Dienststelle. Das Leistungsangebot erfährt keine wesentlichen Änderungen.
- Im geänderten Leistungsauftrag der *Fachstelle Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe* wird ein Produkt (Abklärungen im Auftrag Dritter) ersatzlos gestrichen. Dieses

Produkt gehört nicht zum gesetzlichen Auftrag und zur Kernaufgabe dieser Dienststelle. Im Zuge der knapper werdenden Personalressourcen müssen Prioritäten gesetzt werden; daher soll künftig auf diese Leistung verzichtet werden.

10 Anträge

1. Dem Budget 2004 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von 2'346.9 Mio. Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 121.9 Mio. Franken) und einem Ertrag von 2'299.5 Mio. Franken, was einen Aufwandüberschuss von 47.4 Mio. Franken ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2004 mit einem Aufwand von 214.4 Mio. Franken und einem Ertrag von 64.4 Mio. Franken, ergebend einen Aufwandüberschuss von Mio. 150 Mio. Franken, wird zugestimmt.
3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung von 47.4 Mio. Franken, Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 121.9 Mio. Franken, einem Aufwandüberschuss in der Investitionsrechnung von 150 Mio. Franken, was einen Finanzierungsbedarf von 75.5 Mio. Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.
4. Dem Voranschlag der Stiftung Kirchen- und Schulgut wird zugestimmt.
5. Die geänderten Leistungsaufträge der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion sowie der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion werden zur Kenntnis genommen.

Liestal, 16. September 2003

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Straumann

Der Landschreiber: Mundschin